

Abschreckung passiert im Bewusstsein des Gegners

Die Ökonomie des Krieges hat sich verändert

Peter E. Uhde



Foto: GSP/Uhde

Peter Tamm, Mittler Report Verlag, und Hans-Peter Bartels

Zur zweiten Liebenberg-Konferenz vom 6. bis 8. Mai begrüßte der Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) Hans-Peter Bartels neben dem Mitveranstalter Peter Tamm, Geschäftsführer des Mittler Report Verlags, Angehörige aus Wissenschaft und Think Tanks, Wirtschaft und Verbänden, von Medien, Stiftungen, aktive und ehemalige Bundeswehrangehörige sowie Kuratoriumsmitglieder und Funktions-träger der GSP. Das Themenfeld ist komplex angelegt. Es lautet: „Perspektiven europäischer Sicherheit angesichts dramatischer Wandlungen des internationalen Umfelds.“ Der Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes (BND) Generalmajor Dag Baehr beginnt mit den Ausführungen „Zur Lage“. Sein Blick richtet sich nach Russland und in die Vereinigten Staaten. Die NATO hält er „für eine funktionierende internationale Kooperation, gerade im militärischen Bereich, sie funktioniert am besten mit den USA ...“ Insgesamt hinterlassen die Thesen seiner verschiedenen Zukunftsszenarien Nachdenklichkeit im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Entwicklungen in Europa, besonders für Deutschland.



Dag Baehr, Generalmajor, Vizepräsident des BND, bei seinem „Lagevortrag“

Mit seinen Ausführungen zum Thema „Europäische Sicherheit angesichts eines abrupten oder graduellen Rückgangs amerikanischer Sicherheitsgarantien“ eröffnet Joachim Krause das erste Panel. Ursula Münch geht in ihrem Kommentar auf die innenpolitischen Herausforderungen ein. Sozialpolitik darf nicht gegen Sicherheitspolitik ausgespielt werden. „Vermutlich wird es genau darum gehen“. Die Skepsis gegen die Entscheider greift um sich und das macht es schwieriger, die richtigen sicherheitspolitischen Entscheidungen zu treffen. „Verteidigung gegen Geld ist nichts wert, Amerika hat Europa noch nie wegen des Geldes verteidigt, sondern aus geopolitischem Interesse und wegen der Stabilität europäischer Märkte“, so Jan Techau. Die entscheidende Frage ist, ob die politische Klasse Amerikas weiter ein Interesse an Europa hat, um es stabil und sicher zu halten und nicht wieviel „wir bezahlen“. Die Sicherheit Europas hängt damit auch von der Stationierung amerikanischer Truppe auf dem Kontinent ab. Sind diese nicht mehr da, entfällt auch der atomare Schutzschirm. Ein zentraler Punkt seiner Ausführungen sind Bemerkungen zur Haushaltspolitik. Hier sieht er ein zentrales politisches Problem der nächsten Jahre. „Es wird Verteilungskämpfe geben, die die Gesellschaft auf die Probe stellen werden“. Als dritter Kommentator geht Jana Puglierin auf die innenpolitische Situation in den USA ein, und was machen eigentlich die Europäer, um mit dieser Situation umzugehen? Erkennbar ist eine systematische Vorbereitung für ein Wiederkommen von Trump. Ein

**Zum Schloss & Gut Liebenberg
 gehörende Museumgebäude,
 erbaut 1698**



Administrationschaos wie nach dem ersten Amtsantritt 2017 wird es nicht geben.

Welche Rolle haben Kernwaffen in der europäischen Sicherheit. Die offene Frage dabei ist, geht es auch ohne USA? Heinrich Brauß gib den Input. Die Antwort ist nein, Großbritannien und Frankreich sind kein Ersatz. Abschreckung passiert im Bewusstsein des Gegners. Eine militärische Konfrontation mit den USA birgt die Gefahr einer nuklearen Eskalation und damit einen hohen Schaden für Russland. „Die deutsche Position ist, man möchte eine politische Waffe haben, alles was darüber hinaus geht wird abgelehnt“, so Kommentator Severin Pleyer. Es gibt keine Rüstungsverträge oder Kontrollverhandlungen. „Wir brauchen dringend die Frage der Zivilverteidigung“, das muss auf den Tisch kommen. Ein verstecken hinter einem Schutzschirm ist ein Irrtum.

„Kann eine eigene konventionelle Verteidigung Europas gegen Russland aus eigener Kraft hergestellt werden?“ Auf diese Frage versucht eine Arbeitsgruppe Antworten zu finden. Eine andere untersucht ob „Europa mittelfristig rüstungswirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen kann.“ Referieren und kommentieren in der Ersten ehemalige Militärs und Generalleutnant Markus Laubenthal. Deutschland ist Gastnation, Transitnation und logistische Drehscheibe. Was das an Herausforderungen für ein Territorialheer bedeuten würde ist bekannt und momentan nicht zu leisten. Hans-Christoph Atzpodien leitet die zweite Gruppe, unterstützt von Susanne Wiegand und Ulrich Blum. In der aktuellen Ausgangslage spricht vieles für ein klares Nein. Dafür gibt es einige Gründe. Die Europäische Union hat eine schwache Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Es gibt zu viele nationale Interessen und die europäischen Rüstungshersteller sind zu klein. Das Interesse an der Reduzierung der Systeme fehlt. Wenn es drauf ankommt siegt der nationale Egoismus und die europäische Förderung bringt nicht viel. Die EU-Ziele beinhalten viel Aktionismus. Deutschland muss bei sich selbst anfangen. Als Beispiel wird Frankreich angeführt, das ein anderes Verhältnis zu seiner Verteidigungswirtschaft hat. Die Vorstellung einer „Resilienzwirtschaft“ mit daraus abgeleiteten Arbeitsprogrammen, u. a. Aufhebung des Konflikts zwischen Sicherheit und Nachhaltigkeit, weist den Weg in die Zukunft. In einer Plenarsitzung werden die Ergebnisse von Ronin Zerulla und Ulrich Blum vorgestellt, was zu einer intensiven Diskussion führt, in der mehr über sicherheitspolitische Defizite als über Positiva zu hören ist.



Blick auf die Tagesteilnehmer im Vortragssaal

Am dritten Konferenztag werden den Teilnehmern zwei Panel geboten. Das erste nimmt Bezug auf „Kriege und Kriegsgefahren in Europa, im Nahen Osten und in Ostasien. Wie soll Europa damit umgehen?“ Frank Umbach räumt einige Narrative aus dem Weg, gemeint ist hier „billiges Gas aus

Russland“ und „die Krim gehörte schon immer zu Russland.“ Ein weiteres Beispiel ist Taiwan, das eigentlich erst nach 1949 chinesisches Interessengebiet wurde. Problem der deutschen Außenpolitik ist die Annahme, dass der Rest der Welt eigentlich so denkt wie wir. Putin nimmt unsere Politik völlig an-



Links: Dr. Jana Puglierin, Senior Policy Fellow am European Council on Foreign Relations, Berlin; rechts: Dr. Hans-Peter Bartels, Präsident der GSP



Dr. Hans-Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer BDSV (l.); Reiner Schwalb, Vizepräsident GSP



Links: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel, Universität München, Mitte: Alexander Müller, MdB, Vizepräsident der GSP, rechts: Dr. Frank Umbach, CASSIS, Universität Bonn

ders wahr, als wir in der Regel glauben. Russland ist inzwischen von der Ausspähung zur Sabotage übergegangen. Fazit: „Wir nehmen bestimmte Realitäten nicht wahr, weil wir sie nicht wahrnehmen wollen.“

mend ein Mittel des Krieges werden“. Peter Tamm geht in seinem Statement auf die Situation der Schifffahrt in den Krisen- und Konfliktgebieten der weltumspannenden Wasserstraßen ein. Nicht nur die Piratensitu-

völlig ungeschützt mit unseren Schiffen und Besatzungen, da muss die Politik dringend etwas unternehmen.“ Nico Lange richtet seinen Blick auf Russland und die Ukraine. „Der hybride Krieg ist der Krieg, aus russischer Sicht findet er permanent statt.“ Ziel ist die Vorherrschaft der eigenen Interessen. Nach dem das in der Ukraine nicht gelungen ist, werden militärische Mittel dafür eingesetzt. „Der einzige Weg der zum Frieden führen kann, ist die Ukraine in die NATO aufzunehmen.“ Die Durchsetzung der Sanktionen muss stärker angegangen, intensiver kontrolliert und bestraft werden. Die Bedrohung für Deutschland verändert sich massiv. Was muss eigentlich geschehen, um den Veränderungen auf dem Gefechtsfeld der Zukunft zu begegnen? Die Ökonomie des Krieges hat sich verändert, darauf müssen wir uns einstellen, jetzt und nicht erst in zehn Jahren. „Was wird aus Europa? Verstärkung der Integration oder Rückfall in Nationalismus?“ Reiner Schwalb hat dafür drei Historiker, Martin Schulze Wessel, Burkhard Meißner und Christoph von Marschall, für Statement und Diskussion auf dem Podium. Sie setzen den Schlusspunkt der Konferenz, deren Informationsfülle einen eigenen Beitrag wert wäre.



Prof. Dr. Heinemann-Grüder, CASSIS Universität Bonn



Prof. Dr. May-Britt Stumbaum, German Marshall Center

May-Britt Stumbaum richtet ihren Blick auf China. Unter der Führung von Xi Jinping ist das Land auf zentrale Führung und Kontrolle ausgerichtet. Seine nationalen Interessen stehen im Vordergrund gemäß der Devise „Alles unter einem Himmel.“ Es baut seine Einflussphären auf der ganzen Welt aus, auch in Deutschland. „Handel wird zuneh-

tion macht den Reedern große Probleme. Ein anderes ist die Situation des Schiffbaus, in China werden alle Schiffe günstiger gebaut. Rund 90 Prozent des Welthandels werden auf dem Wasser abgewickelt, jede Störung unterbricht die Lieferketten, was ja in den letzten Jahren immer wieder vorgekommen ist. Zusammengefasst: „Wir sind

In eigener redaktioneller Verantwortung



Generalleutnant Markus Laubenthal, Rainer Meyer zum Felde, Landesvorsitzender GSP Niedersachsen, Susanne Wiegand, CEO Renk



Eva-Maria Steinbrecher, JGSP Berlin (I.), Christiane Heidbrink, Universität Bonn, JGSP Bonn



Prof. Dr. Ulrich Blum, Universität Halle, Prof. Dr. Joachim Krause, Universität Kiel ISPKIKuratorium GSP, Ronin Zerulla, JGSP Baden-Württemberg